

FRIEDEN BRAUCHT ZUKUNFT

– WARUM KÜRZUNGEN JETZT DAS FALSCHES SIGNAL SIND

von Jennifer Menninger und Ginger Schmitz, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Bundesregierung steht mit dem Bundeshaushalt 2026 vor einer friedenspolitischen Richtungsentscheidung. Während Krisen und Konflikte global eskalieren, steht der Etatentwurf im Zeichen weiterer Kürzungen bei Krisenprävention, Friedensförderung und humanitärer Hilfe. Die Mittel sinken, obwohl die Bedarfe steigen – ein Widerspruch, der friedens-, aber auch sicherheitspolitisch kaum erklärbar ist.

Das Friedensgutachten 2025 hat eindrücklich gezeigt, dass Gewaltkonflikte weltweit zunehmen, länger andauern und seltener gelöst werden. Zugleich verschärfen Klimakrise, soziale Ungleichheit und fragile Staatlichkeit bestehende Konflikte. Mehr als 100 Millionen Menschen sind auf der Flucht – ein historischer Höchststand. Angesichts dieser Dynamik wäre eine Stärkung ziviler Instrumente das Gebot der Stunde. Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Kürzungspolitik fort und reduziert erneut zentrale Haushaltstitel im Auswärtigen Amt und im BMZ.

So sinken die Mittel für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung von 565 Millionen Euro (2023)

auf 327 Millionen Euro (2026). Auch der Etat für Krisenbewältigung und Wiederaufbau im BMZ schrumpft deutlich. Das ist nicht nur ein Bruch mit den eigenen friedenspolitischen Leitlinien und der Nationalen Sicherheitsstrategie, die eine Stärkung ziviler Instrumente versprechen, sondern auch mit internationalen Verpflichtungen – etwa die zugesagte Aufstockung der Klimafinanzierung oder das vereinbarte Ziel, 0,7 % der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Bereits 2024 wurde das 0,7%-Ziel zum ersten Mal seit fünf Jahren nicht erreicht. Dieser Trend darf sich angesichts der globalen Herausforderungen nicht fortsetzen.

Natürlich ist uns bewusst, unter welchem Druck die aktuellen Haushaltsverhandlungen stehen. Der finanzielle Spielraum ist eng, Prioritäten müssen gesetzt werden. Die Forderung nach einer Aufstockung der Mittel für Krisenprävention und Friedensförderung ist daher kein Ruf nach unbegrenzten Ressourcen. Aber: Die Summen, um die es hier geht, sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt marginal – ihre Wirkung jedoch enorm. Nachbesserungen wären also nicht nur



Dieses Bild ist KI-generiert

möglich, sondern klug. Denn jeder zusätzliche Euro in zivile Krisenprävention spart künftig ein Vielfaches an Kosten für humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und unter Umständen militärische Interventionen.

Wer heute an Prävention spart, zahlt morgen den Preis für Eskalation, Leid und Wiederaufbau. Studien belegen, dass Investitionen in zivile Krisenprävention und Friedensförderung wirksame und wirtschaftlich sinnvolle Zukunftsinvestitionen sind. Sie verhindern, dass Konflikte eskalieren, und mindern Fluchtursachen. Der gegenwärtige Kurs hingegen gefährdet Deutschlands Glaubwürdigkeit als verlässlicher internationaler Partner und schwächt die Fähigkeit, global Verantwortung zu übernehmen.

Neben ausreichender Finanzierung braucht das Feld auch bessere Rahmenbedingungen. Das aktuelle Fördersystem ist komplex, bürokratisch und für viele zivilgesellschaftliche Akteure mit vielen Unsicherheiten und Risiken verbunden. Eine Reform des Zuwendungsrechts durch die Einführung eines Zuwendungsrechts Ausland könnte hier Abhilfe schaffen: weniger Verwaltungslast für beide Seiten, mehr Wirkung.

Die aktuelle Entwicklung ist jedoch mehr als ein finanzielles Problem: Sie markiert den möglichen Abbau einer gewachsenen friedenspolitischen Infrastruktur, die über Jahrzehnte aufgebaut wurde – von Ministerien, Durchführungsorganisationen und vor allem von der Zivilgesellschaft. Wenn diese Strukturen erst einmal erodieren, lassen sie sich nicht kurzfristig wiederherstellen.

Die bereits begonnene Überarbeitung der Leitlinien **„Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“** ist seit Monaten ausgesetzt. Das lähmt das Feld – und sendet das Signal, dass zivile Friedensförderung nachrangig ist.

Die anhaltende Konzentration auf militärische Sicherheitspolitik erweckt den Eindruck, zivile Friedensförderung sei ein „Schönwetterthema“ – wichtig in ruhigen Zeiten, verzichtbar in Krisen. Tatsächlich aber zeigen aktuelle Entwicklungen das Gegenteil: Ohne Investitionen in zivile Konfliktbearbeitung ist langfristiger Frieden, ist nachhaltige menschliche Sicherheit nicht zu erreichen. Frieden ist kein Luxus, sondern Grundlage internationaler Handlungsfähigkeit.

Hinzu kommt eine gefährliche Verschiebung im öffentlichen Diskurs. In einer zunehmend polarisierten Debatte haben politische Kräfte an den extremen Rändern den Begriff „Frieden“ für ihre Zwecke instrumentalisiert. Sie entkernen und reduzieren ihn auf einfache Lösungen und Deals, anstelle Frieden mit Gerechtigkeit und der Wahrung von Werten und der internationalen Ordnung zu verbinden. Trotzdem dominieren sie Debatten und tragen damit maßgeblich dazu bei, dass politische Räume für friedenspolitischen Dialog enger geworden sind.

Deshalb ruft die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung aktuell die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu auf, die Kürzungen zu stoppen und zivile Friedensförderung als das zu behandeln, was sie ist: ein zentraler Pfeiler deutscher Außenpolitik.

Gefordert sind kreative Ideen und klare Botschaften aus der Friedenscommunity – um zu zeigen, dass zivile Ansätze wirken: in der Prävention, in der Konflikttransformation, im Wiederaufbau, im gesellschaftlichen Zusammenhalt. Frieden fördern heißt, Zukunft zu gestalten – und Verantwortung zu übernehmen, gerade in Zeiten der Krise.



Zur Autorin:

Jennifer Menninger ist seit Juni 2024 Referentin bei der Plattform ZKB und dabei unter anderem für die Mitgliederkommunikation, die Organisation von Veranstaltungen und die Vertretung der Plattform in Netzwerken und Arbeitsgruppen zuständig. Zuvor war sie als Geschäftsführerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit tätig. Ihr Masterstudium „Gender, Culture, and Social Change“ absolvierte sie an der Universität Innsbruck.



Zur Autorin:

Ginger Schmitz ist seit April 2018 Geschäftsführerin der Plattform ZKB. Sie ist in dieser Funktion Mitglied des Beirats für Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung und des Lenkungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung FriEnt. Vor ihrer Tätigkeit bei der Plattform war sie unter anderem als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag und für die GIZ tätig. Ihren Magister in Politikwissenschaft, Ethnologie und Soziologie absolvierte sie an der Universität Münster.